

Roland Wied
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Gemeinderat Waiblingen

Meine Ansage zur Kommunalwahl am 26. Mai 2019

In unserem Wahlprogramm soll das abgebildet werden, was wir in der letzten Legislaturperiode vertreten haben und es soll deutlich machen, was die Bürgerinnen und Bürger in den nächsten fünf Jahren von einer SPD-Fraktion erwarten können.

Wir für Sie. Für uns. Für Waiblingen. Das ist unsere Leitlinie.

Klar ist: **Wir wollen Waiblingen voran bringen.** Wir wollen Waiblingen attraktiv und liebenswert halten, wir wollen die Weichen für eine gute Zukunft stellen. **Es soll lohnenswert und erstrebenswert** sein, in Waiblingen, in Beinstein, in Hegnach, in Neustadt, in Hohenacker und in Bittenfeld zu wohnen.

Waiblingen voran bringen heißt für uns als Stadträte: Wir müssen zusammen mit der Verwaltung nach den besten Lösungen suchen, **manchmal auch der Verwaltung auf die richtige Spur helfen.** Wir können es auch nicht jedem Recht machen, wir müssen manchmal einfach auch entscheiden. Wir können den Bürgerinnen und Bürgern aber auch getrost sagen und auf diese Feststellung legen wir Wert: SPD-Räte verfolgen weder persönliche Interessen noch stellen wir Partikularinteressen über das Gemeinwohl.

Mein persönliches Motto heißt: „Wir können nicht alles, aber wir stehen auf Ihrer Seite.“

Will heißen: Keine dicken Backen machen. Nichts versprechen, was wir nicht halten können. Aber auch die klare Ansage: **Jeder und Jede kann sich darauf verlassen, dass wir alle berechtigten Anliegen Ernst nehmen.** Wir können heute noch nicht wissen, wie sich in den nächsten Jahren die städtischen Finanzen entwickeln, welche Themen plötzlich auf den Tisch kommen: Wir werden sorgfältig abwägen und wir werden **die Weichen im Sinne des Gemeinwohls und des gesellschaftlichen Zusammenhalts stellen – uneigennützig und sachorientiert.**

Uns nun konkret zu einzelnen Themenfelder:

Bauen und Wohnen

Ja, es gibt Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt. Ja, es gibt zu wenig Bauplätze, die Baukosten sind zu hoch. Ja, es fehlen günstige Mietwohnungen. Das beklagen alle, aber wenn's konkret wird, kommt wenig Brauchbares. Und andere wollen ohnehin alles dem freien Markt überlassen. Das Problem können wir nicht lösen, so ehrlich müssen wir sein. Aber **es ist auch nichts so, dass wir nichts tun könnten**. Wir können sehr wohl etwas tun:

Wenn es keine Bauplätze gibt, dann müssen wir sehen, ob wir auf unserer Markung noch etwas tun können. Wir werden das sehr sorgfältig und sehr sensibel angehen müssen, wir werden keine Umweltproblematik und keine Verkehrsproblematik außer Acht lassen, aber ohne Bauplätze brauchen wir gar keine tollen Forderungen aufstellen.

Wir wollen den Bestand an eigenen Wohnungen, also im Eigentum der Stadt erhöhen. Langsam aber stetig. Wenn wir eigene Wohnungen haben, haben wir nicht nur Werte geschaffen, wir können, dort es Bedarf gibt, konkret etwas tun, für große Familien, für Alleinerziehende, für Ältere.

Wir setzen auf kreative Baumodelle, Quartierskonzepte. Wir müssen von den künftigen Nutzen her denken: Alte, Alleinerziehende, Behinderte, junge Familien usw.. Nicht nur an die denken, die mit Bauplätzen oder mit Bauen Geld verdienen wollen. **Das muss auch von der Stadt gewollt und unterstützt werden**.

Viele Areale haben wir nicht. Eine große Chance sehen wir in dem Quartier Fronackerstraße, Unter Lindenstraße, Blumenstraße. Da muss ein wegweisendes Innenstadtquartier unter Einbeziehung aller Akteure entwickelt werden. Da müssen wir auch sehen, wie wir den Bereich Fronackerstraße, Querspange und den Übergang in die Altstadt weiterentwickeln können.

Wir wollen das Waiblinger Baulandmodell beibehalten, d.h. Baugebiet gibt's nur, wenn die Stadt alle Plätze hat. Nur so können wir dafür sorgen, dass rasch gebaut wird. Wir können selbst bauen, wir können uns Belegungsrechte sichern, wir können bestimmen, was gebaut wird, z.B. eine Arztpraxis in Bittenfeld Berg-Bürg.

Wir wollen das Planungsrecht verstärkt im öffentlichen Interesse nutzen, d.h. es kann nicht sein, dass bei Umwandlung von Gewerbe- in Wohnbauland oder überhaupt bei der Ausweisung von Bauland das Gros des Planungsgewinns in privaten Taschen verschwindet und die Allgemeinheit für die Folgekosten aufzukommen hat.

Was können wir noch tun?

Wir müssen dafür sorgen, dass vorhandene städtische Bauplätze auch einer Bebauung zugeführt werden.

Wir müssen uns Belegungsrechte sichern, wo immer es Sinn macht.

Noch besser: Wenn wir eigene Bauplätze haben, können wir diese im Wege des Erbbaurechts zur Verfügung stellen, z.B. der Kreisbau als kommunalem Unternehmen. D.h., das Grundstück gehört weiterhin uns, wir haben zwar keinen Verkaufserlös in der Stadtkasse, aber die Kreisbau kann dann wirklich wirtschaftlich Wohnungen zu moderaten Preisen vermieten.

Kurz noch zu Gewerbe

Wir haben kaum noch Gewerbeplätze. Gelegentlich brauchen Firmen Platz, brauchen Parkmöglichkeiten, wollen ein Entwicklungszentrum errichten. Die Firma Hess hat ihr Gelände aktiviert.

Da geht es um Arbeitsplätze. Arbeitsplätze sind für uns kein Problemthema. Da muss man gelegentlich etwas für tun. Für mache scheint das eher nebensächlich zu sein.

Wenn sich Daimler ansiedeln will, wenn in Bittenfeld Plätze nachgefragt werden, wenn man in Hegnach an eine Erweiterung denken würde, dann werden wir das wohlwollend prüfen und abwägen. Da sind wir nicht die Bedenkenträger, nicht diejenigen, die das Haar in der Suppe suchen. Wir wollen etwas möglich machen und Chancen ergreifen. Wir wollen, dass es voran geht.

Kinderbetreuung

Für die Kommunalpolitik und für uns als SPD ein zentrales Thema.

Die Weichen für eine gute Zukunft unserer Kinder werden in den ersten Lebensjahren gestellt. Familien, Mütter und Väter, sind da in erster Linie gefordert.

Aber da ist auch die Kommunalpolitik zentral gefordert. Erst recht dort, wo es im persönlichen Umfeld der Kinder happert.

Kein Kind darf zurückbleiben. Jedes Kind muss eine faire Chance bekommen

Gute Qualität hat absoluten Vorrang, hier sehen wir keinen Platz für Sparen und Streichen. Da setzen wir klare Prioritäten.

D.h., wie setzen uns ein

- für ausreichend Kita-Plätze U3 und Ü3
- gute Betreuung und ausreichend Sozialarbeit an unseren Schulen
- Schulgebäude, wo immer möglich, ausbauen, sanieren, in Schuss halten, zeitgemäß ausstatten, mit Klassen- und Fachräumen, Mensen, Sporthallen. Das gilt auch für die digitale Ausrüstung.

Auch zu den **Kita-Gebühren** gibt es von uns eine klare Ansage:

Bildung ist Ländersache. Das gilt auf jeden Fall für den Kindergarten ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt. Wir unterstützen daher die Forderung des SPD-Landesverbandes nach einem Einstieg in die Gebührenfreiheit.

Wir haben jetzt in Waiblingen die Situation, dass jeder von seinem Bruttoeinkommen den gleichen prozentualen Anteil bezahlt. (Von 0,17 % bei 20 Stunden Betreuung ohne Mittagessen, bis zu 0,42 % bei 36-50 Stunden Betreuung mit Mittagessen). Da kann jetzt niemand mehr von einer unfairen Belastung reden.

Das hat dazu geführt, dass untere und mittlere Einkommensbezieher jetzt zum Teil deutlich weniger Gebühren bezahlen. Das haben wir gewollt und jahrelang beantragt. Daher haben wir der jetzt gültigen Regelung zugestimmt. Wir haben den anderen Fraktionen immer Brücken gebaut und gesagt: lasst uns stufenweise für die Geringverdiener Erleichterungen einbauen. Aber nein, sie haben auf einer Erhöhung bestanden, sie wollten mehr Geld in die Stadtkasse einnehmen, und sie haben die Gebührenerhöhungen zweimal in den letzten Jahren gegen unseren Widerstand durchgesetzt.

Das aktuelle Modell hat natürlich dazu geführt, dass bei höheren Einkommen, insbesondere bei monatlichen Einkommen von 10.000 € und mehr, höhere Gebühren anfallen. Ich lege auch da Wert auf die Feststellung: Wir haben das nicht gewollt und auch nicht beantragt.

Und jetzt beklagt sich die CDU-Herrenriege darüber, dass das problematisch sei und **dass** manche **das** erst im Nachhinein realisiert hätten. Wir haben gewusst, was wir machen. Und wir können denen auch sagen: hättet ihr bei uns mitgemacht – keine Erhöhung, sozial gestaffelte Absenkung für die unteren und mittleren Einkommen – dann wären heute alle zufrieden.

Deshalb von uns die klare Botschaft:

Mit uns kann man über alles reden. Gerne über Gebührensenkungen.

Wir werden aber keinerlei Gebührenerhöhungen mitmachen.

Und wir werden **keine Veränderung der Gebührenstruktur** mitmachen, die dazu führt, dass diejenigen mit kleinen oder mittleren Einkommen, die jetzt weniger bezahlen müssen – also die Familien und Alleinerziehenden, die es ohnehin am schwersten haben – künftig wieder mehr bezahlen müssen. **Das kommt für uns nicht in Frage.**

Wir haben auch noch ein zentrales Projekt, das wir voran bringen wollen:

Jugendfarm

In einer zunehmend technisierten Welt halten wir eine funktionierende Jugendfarm für Kinder und Jugendliche für eine sinnvolle wichtige ökologische Ergänzung. Da können Schulen und Kindertagesstätten viel daraus machen. Das wird auch für die Korber Höhe ein belebendes Element sein. Da können Familien, generationenübergreifend, in ihrer Freizeit viel machen. Da kann man Empathie für die Natur, für Fauna und Flora wecken.

Da müssen wir aber die Stadt bei der Finanzierung ins Boot holen, sonst wird das nix. Ich hör da immer: das kostet ja! Kein Geld vorhanden!

Ich sage Euch, schaut auf die Remstal Gartenschau: da ne Million für nen Skaterplatz, da 500.000 € für einen neuen Spielplatz, da ein paar 100.000 € für eine Ufermauer, für eine Kunstlichtung, für eine Golfspielanlage, für einen Seniorenpark, für Kanu-Ausstiegsanlagen. Alles super, keine Einwendungen, gegen nichts davon will ich etwas sagen. Hat alles einen Mehrwert für die Stadt. **Aber es komme mir beim Thema Jugendfarm keiner mit dem Argument, es sei kein Geld vorhanden.**

Umwelt und Verkehr

Wir werden unsere Umwelt schützen, wir wollen, dass man in der Rems Kanu fahren und baden kann und wir werden daher in unsere Kläranlagen investieren, wir werden die ökologische Landwirtschaft unterstützen, wir haben Anträge zu Glyphosat und Streuobstwiesen gestellt.

Wir werden beim Thema Verkehr dranbleiben: **Wir müssen den Umstieg auf den Öffentl. Personennahverkehr erhöhen.** Bus und Bahn – mehr und besser. Die gesamte Region hat viel Geld für die Tarifreform, die jetzt in Kraft getreten ist, in die Hand genommen. **Man sieht: Es geht, wenn man will.**

Wir müssen **das Alltagsradeln** fördern.

Wir müssen uns was Neues überlegen, wir haben dazu Anträge gestellt: Schnelle Busverbindungen nach Ludwigsburg, Verlängerung der Stadtbahn aus Fellbach. Auch da gilt: Scheuklappen ablegen, neu denken.

Unsere Verkehrsprobleme kriegen wir sonst nicht in den Griff.

Wem zum Thema Verkehr nur Nord-Ost-Ring einfällt oder wie die Herrenriege der CDU jetzt wieder Straßen durch das Sörenberggebiet fordert, der hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

Oder von zweispurigen Bundesstraßen oder einem untertunnelten Schmidener Feld faselt.

Leute, schaut Euch die Verkehrsbelastungen auf der B 14/B 29 an. Glaubt wirklich einer, dass der Bund eine 2-spurige Bundesstraße finanziert. **Leute**, schaut euch den Ausbau der B 14 Richtung Backnang an. Seit 40 Jahren wird daran gebaut und man ist gerade mal in Waldrems angekommen.

Manche wollen mit dem NO-Ring sogar Dieselfahrverbote in Ludwigsburg verhindern. Gerade zu lächerlich.

Das sind für uns keine Lösungen. Das sind Wolkenkuckucks-Projekte. Diese Diskussionen helfen weder gegen unsere täglichen Staus noch gegen die Feinstaubproblematik.

Wir brauchen saubere Fahrzeuge. Unser Traum: Elektrofahrzeuge, angetrieben mit Wasserstoff. **Wasserstoff, hergestellt aus eigenen, lokalen Windkraft – und Solaranlagen.** Das macht Sinn. Nur so können wir etwas gegen Luftverschmutzung und Klimawandel tun. Aber auch das ist Zukunftsmusik. Jetzt gilt: Mehr Bus, mehr Bahn, mehr Rad.

Wir müssen auch unsere **Stadtwerke** verstärkt in den Fokus nehmen. **Die sind sehr gut aufgestellt. Da liegt Musik drin,** da können wir vor Ort etwas tun. Arbeit, Wertschöpfung, Zukunftstechnologien.

Ich will nur einige Stichworte geben: Glasfaserausbau, dezentrale Energieversorgung, Photovoltaik, Elektro- und Wasserstofftankstellen,

Blockheizkraftwerke, Nahwärmenetze, Netzübernahmen und Dienstleistungen für Nachbarkommunen.

Allgemein zur Bildung, Kunst, Kultur, Musik, Sport

Das sind für uns keine Randthemen. Wenn wir gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein friedliches und gedeihliches Zusammenleben fördern wollen, brauchen wir engagierte und verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger. Deshalb müssen wir auch Raum für Begegnung und Nachdenken und Diskurs schaffen. Kurz: Die SPD steht für eine kontinuierliche, unterstützende Politik von Sport, Kultur und Ehrenamt.

Wir werden daher Sport- und Kulturvereine, unsere Bildungseinrichtungen weiterhin fördern und stützen. **Den Aktiven** in Musikschule, Schwanen, Kunstschule, Bücherei, VHS, FBS **sagen wir:**

Wir für Sie. Für uns. Für Waiblingen. Ich würde ergänzen: **Wir stehen an eurer Seite.**

Auch zu einem weiteren Thema **müssen die Bürgerinnen und Bürger noch wissen, was sie von einer SPD-Fraktion unter meiner Mitwirkung erwarten können.**

Steuern.

Bei den kommunalen Steuern geht es um Grundsteuer, Gewerbesteuer, Hunde- und Vergnügungssteuer. Das sind die Steuern, die wir im Gemeinderat beeinflussen können, da können wir die Höhe selbst festlegen.

Grundsteuer: Wird gerade neu ausgerichtet. Wir sagen klar: eine wertabhängige Steuer ist sinnvoll. Es muss bei der Steuerhöhe einen Unterschied machen, ob ich eine 2-Zimmer-Wohnung in der Gewog-Siedlung habe oder eine Villa im Schneiderweg. Für eine Erhöhung sehe ich da aktuell keinen Grund.

Für eine Senkung, wie sie manche fordern, **aber auch nicht.** Auch hier die klare Ansage: **wenn wir das erhalten wollen**, was wir an Infrastruktur und Lebensqualität in Waiblingen haben, **können wir keine Steuern senken!**

Es wurde auch schon überlegt, die Grundsteuer zu erhöhen um damit eine Senkung der Kinderbetreuungsgebühren zu finanzieren. Das würde aber heißen: zwei oder drei Jahre weniger Betreuungsgebühren, lebenslänglich höhere Steuern für Haus und Wohnung. Das ist keine sinnvolle Lösung.

Gewerbesteuer. Das ist die Steuer, die Handel, Gewerbe, Industrie aus ihrem Gewinn bezahlen. Nicht aus der Substanz. **Aus dem Gewinn wohlgemerkt.**

Wir gehören bei vergleichbaren Kommunen zu denjenigen mit einem der niedrigsten Steuersätze. **Dafür gibt es ganz bestimmt keinen Grund.** Also: **wenn wir Geld brauchen, muss zuerst hier angesetzt werden.** Und wir scheuen uns auch nicht, das zu sagen. Über Spenden und freiwillige Zuwendungen freuen wir uns und wissen das auch zu schätzen. Aber auf eine **faire und angemessene steuerliche Beteiligung auch aus der Wirtschaft** müssen wir bestehen. **Wir bieten schließlich auch für Handel und Gewerbe einiges in Waiblingen.**

Hundesteuer. Mit der wollen wir auch weiterhin die Kampfhunde zurückdrängen. Sonst brauchen wir da keine Erhöhung. Wir erwarten aber auch, dass wir nicht ständig mit dem Thema Hundekot belästigt werden!

Vergnügungsteuer – auch die können wir vor Ort beeinflussen. **Da geht es in erster Linie nicht um Einnahmen,** sondern um Steuerung. Puffs und Spielhallen und Wettbüros wollen wir zurückdrängen. Da sind wir bereit, immer bis zur Schmerzgrenze zu gehen.

Roland Wied